



Oktober 1985

Sorgen um den Wald

Das Waldsterben ist auch bei uns nicht gestoppt. Durch die Emissionen muß mehr Holz als geplant geschlagen werden. Die Holzaufkaufpreise sinken, der notwendige städtische Zuschuß für unseren Wald steigt. Im Waldwirtschaftsplan '86 sind es mittlerweile 232.000 Mark. Zum Vergleich: vor 10 Jahren wurden gerade 10.000 Mark zugesprochen.

Im benachbarten Rüsselsheimer Stadtwald wurden Kommunalpolitiker von Revierförster Hans Kober mit alarmierenden Schäden konfrontiert.

Mit betroffenen Gesichtern registrierten die Stadtverordneten dort die

„nackten“ Tatsachen, während Kober konstatierte: „Der Wald wird sich langsam verlichten, nicht flächenmäßig absterben...“ Das Ergebnis gleicht einer Katastrophe. In einigen Jahren schon wird das Naherholungsgebiet Mönchbruch nicht wiederzuerkennen sein. Schon heute wird kein Kahlschlag in größeren Arealen mehr betrieben, sogar ältere, wirtschaftlich rentable Bäume bleiben mehr und mehr unangetastet. „Mit Rücksicht auf den Großkahlschlag Startbahn“, bemerkte Kober spitz.

Er dirigierte die Mitglieder des Unterausschusses anschließend zum Startbahngelände und führte dort an mehreren Stellen rund um die Betonpiste verteilt Bodenanalysen durch. Die Ergebnisse sind spektakulär. „Was unter einem pH-Wert von vier liegt, dort dürfte eigentlich nichts mehr wachsen!“, erläuterte der Förster und präsentierte das Ergebnis der Untersuchung. Der Boden ist mit dem gemessenen Wert von 3,8 so sauer, daß er Batteriesäure kaum nachsteht. Während des Spaziergangs zwischen lichten Baumreihen und kahlen Wipfeln merkte Kober an, es sei letztes Jahr weitaus weniger schlimm gewesen.

Die Öffentlichkeit nehme nur sichtbare Katastrophen wahr, wie z.B. die großflächig absterbenden Wälder des Bayerischen Waldes. Trotz verstärkt durchgeführter (kosmetischer) Rodungsarbeiten aber blieben dem aufmerksamen Beobachter auch hier die schleichende Vergiftung des Waldes nicht mehr verborgen.

„Jetzt merkt so mancher,
daß die DKP fehlt!“

Es sieht schlecht aus mit diesem Stadtparlament.

Das SPD-Schiff schlingert meist prinzipienlos, die GBL produziert viele Verrücktheiten und haßt ansonsten vor allem die SPD, die CDU marschiert stramm hinter ihren verbohrtten, anti-kommunistischen Führern.

Man macht sich gegenseitig an, liebt abgehobene Sprüche. Persönliche Eitelkeiten sind nicht zu übersehen. Seit dem 10. März '85 fehlt die DKP. Es fehlt die Kraft, die ständig jede Entscheidung untersucht — nützt sie oder schadet sie der arbeitenden Bevölkerung. Es fehlt die Partei, die in entscheidenden politischen Fragen als einigender Faktor auftritt. Es fehlt die linke, erfahrene und verantwortungsbewußte Arbeiterpartei in diesem Parlament.

Wer die letzten Sitzungswochen verfolgte, konnte sich manchmal nur an den Kopf greifen.

Da gab es stundenlange gehässige Debatten, CDU und GBL wollten eine Bürgermeister-Rüge, CDU-Jung sieht in der Friedenspartnerschaft mit Wageningen ein „Kampfbündnis“ und Wilma Frühwacht meinte, die GBL sei „nach allen Seiten offen“. Tatsächlich possiert die GBL auch weiterhin mit dem CDU-Stadtverordnetenvorsteher und kommt ständig zu gemeinsamen Entscheidungen mit der CDU. Die SPD ist innerlich zerrissen, und die CDU bleibt die strammgeführte rechte Dregger-Partei.

Man darf gespannt sein, wie sich das alles noch weiterentwickelt — sollte aber nicht vergessen, daß die fatalen Zustände in dieser Stadtverordnetenversammlung korrigiert werden können. Allerdings — es dauert noch gut drei Jahre.

R.H.

Zugreifen!

Noch gibt es das DIN A4-Foto-Heft „Blau und weiß ist unsere Fußballgarnitur“. Herausgegeben von der „blickpunkt“-Redaktion gibt es hier ein Stück Mörfelder Fußballgeschichte. Auf 28 Seiten Hochglanzpapier 56 Meisterfotos von Dietmar Treber. Das Heft sollte man sich holen! Zum Verschenken, zum Aufheben, zum Vorzeigen. Erhältlich für 3,50 DM in Buchhandlungen, Tankstellen, bei Mitgliedern der DKP.

Neue Vorschläge der Sowjetunion

Sensationelle Initiative Gorbatschows:

**50 % der strategischen
Kernwaffen vernichten!
Keine Weltraumwaffen!**

Die UdSSR und die USA sollen jene Atomwaffen um die Hälfte verringern, die das Territorium des anderen erreichen können. Für beide Seiten soll ein vollständiges Verbot von Angriffswaffen im Weltraum gelten. Diese weitreichenden, neuen Vorschläge zur Abrüstung hat der Generalsekretär der KPdSU, Michail Gorbatschow, bei seinem Staatsbesuch in Frankreich gemacht.

Außerdem wird die Sowjetunion ihre im europäischen Teil stationierten SS-20-Raketen auf 243 verringern. Das ist der Stand vom Juni 1984, als die UdSSR mit der Aufstellung zusätzlicher SS-20 als Antwort auf die Stationierung von Pershing-II-Raketen und Cruise missiles in der Bundesrepublik und anderen NATO-Staaten begonnen hatte. Über die Mittelstreckenraketen will die Sowjetunion gesondert verhandeln, auch mit den europäischen Atommächten Frankreich und Großbritannien.

Einseitige Vorleistung

Diese einseitige Vorleistung, die zur gleichen Zeit erfolgt wie die Aufstellung der amerikanischen Cruise missiles in Hasselbach und anderen NATO-Standorten, macht deutlich, daß es der Sowjetunion mit ihrem Willen zur Abrüstung ernst ist. Zuvor war bereits die Aufstellung neuer SS-20 gestoppt worden. Eine weitere Vorleistung der Sowjetunion ist der Stopp aller Kernwaffenversuche bis zum Ende dieses Jahres. Und schließlich hat bisher zwar die Sowjetunion, nicht aber die USA, erklärt, daß sie niemals als erste Atomwaffen einsetzen wird.

Zur gleichen Zeit wird in den USA fieberhaft aufgerüstet. Die ersten Tests im Rahmen des Sternenkriegsprogramms haben bereits stattgefunden. Die Stationierung atomarer Erstschlagwaffen in Westeuropa geht ebenso unvermindert weiter wie der Bau neuer strategischer Vernichtungswaffen.

Aus Washington gibt es bisher keine klare Antwort auf die Initiative Gorbatschows. Auf jeden Fall will Reagan an „SDI“, seinem Programm zur Militarisierung des Weltraums, festhalten. Aber Reagan hat es bisher noch nicht gewagt, den Vorschlag Gorbatschows ebenso brüsk abzulehnen, wie viele sowjetische Initiativen zuvor.

Die Chance nutzen

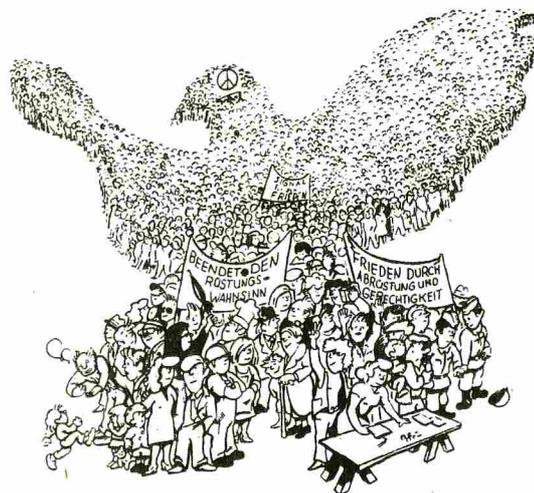
Die Vorschläge der Sowjetunion bieten die Chance, nicht nur das Wettrüsten zu stoppen, sondern in kurzer Zeit zu einer drastischen Verringerung der atomaren Vernichtungspotentiale zu kommen. Damit dieser „große positive Schritt“ – so der SPD-Politiker Egon Bahr – genutzt wird, sind gerade jetzt Aktionen der Friedensbewegung nötig. Die Bundesregierung muß gezwungen werden, ihre Pläne zur Beteiligung an Reagans Sternenkrieg-Programm aufzugeben. Sie muß gezwungen werden, endlich zur Abrüstung beizutragen, statt als Befehlsempfänger Washing-

tons das Anheizen des Wettrüstens und die Entwicklung immer gefährlicherer Vernichtungswaffen zu unterstützen.

Beteiligt euch an den Herbstaktionen der Friedensbewegung gegen Reagans „Krieg der Sterne“ und gegen atomare Erstschlagwaffen in unserem Land! Abrüstung ist das Gebot der Stunde!

GORBATSCHOWS VORSCHLÄGE

- 50-prozentige Reduzierung aller Kernwaffen der UdSSR und der USA, die das Territorium des anderen erreichen.
- Vollständiges Verbot aller Weltraumangriffswaffen.
- Einseitige Reduzierung der SS-20 auf 243 Einheiten durch die Sowjetunion, den Stand vom Juni 1984.
- Gesonderte Verhandlungen über atomare Mittelstreckenraketen, auch mit den europäischen Atommächten Frankreich und England.



10. – 16. NOVEMBER 1985 WOCHE DER FRIEDENSBEWEGUNG

- 10.11. Infobereich Religionsgemeinschaften
- 11.11. Infobereich Jugend, Bildung, Wissenschaft
- 12.11. Infobereich Soldaten und Verweigerer
- 13.11. Infobereich Frauen
- 14.11. Infobereich Arbeit und Soziales, Internationale Solidarität, Ausländer in der BRD
- 15.11. Infobereich Kommunalparlamente, Behörden, Verwaltungen, Bundestagswahlkreise
- 16.11. Friedensversammlung und Aktionen: „Signal für Frieden durch Abrüstung und Gerechtigkeit“



Ein tolles Kinderfest gab es bei der DKP und den „Jungen Pionieren“ am Mörfelder Jugendzentrum. Es gab Spaß und Spannung bei ungezählten Kinderspielen. Eltern und Großeltern waren dabei. Der bekannte Kinderliedersänger Klaus W. Hoffmann animierte die Kleinen zum Mitmachen. Alles in allem, ein schöner Nachmittag „hinterm Bahndamm“, der zur Tradition werden könnte.

Unser „blickpunkt“-Tip

der
bp
tip

Ausschneiden
und
sammeln!

Freifahrt für Schwerbehinderte bei der Bundesbahn

Zum **1. Oktober** hat die Bundesregierung einen sozialpolitischen Skandal teilweise wieder rückgängig gemacht. Die am 1. April 1984 verfügte Herausnahme der Bundesbahnstrecken aus der Schwerbehindertenfreifahrt gilt nicht mehr. Alle Schwerbehinderten im Besitz des Ausweises mit dem Merkmal „G“ und dem Beiblatt mit gültiger Wertmarke können im Umkreis von 50 Kilometern um ihren Wohnort wieder mit der Bundesbahn fahren. Grundsätzlich – so will es die Verordnung – müßte auch das amtliche Streckenverzeichnis mitgeführt werden. **Bis zum Jahresende will**

aber die Deutsche Bundesbahn darauf verzichten.

Grund: Aus technischen Gründen ist es den Versorgungsämtern nicht gelungen, alle Streckenverzeichnisse rechtzeitig zu verschicken. Sozialverbände raten: Sollte bis Ende Oktober das Streckenverzeichnis nicht vorliegen, sollten die Betroffenen beim Versorgungsamt nachfragen bzw. einen Antrag stellen.

Vom 1. Oktober an können nicht nur wieder die Nahverkehrs-, sondern auch Eil- und D-Züge benutzt werden. Bei D-Zügen muß der übliche Zu-

schlag gezahlt werden. Wer noch im Besitz des alten – bis zum 1. April 1984 gültigen – Streckenverzeichnisses ist, kann dies zu seiner Orientierung weiter benutzen. Da der 50-Kilometer-Bereich nicht mit dem Zirkel abzumessen ist, empfiehlt es sich im Zweifelsfall, vorher bei der Bahn rückzufragen.

Tatsache bleibt: Seit dem 1. April 1984 müssen Schwerbehinderte, die „freifahrt“-berechtigt sind, eine Jahreswertmarke zum Preis von 120 DM kaufen. Diese unsoziale Maßnahme der Bonner Regierung bleibt bestehen.

Unverständliches Verhalten

Drei Tage nach dem Tode eines Demonstranten gegen die neofaschistische NPD in Frankfurt, wurde von der GBL in der Sitzung der Stadtverordneten eine Gedenkminute beantragt. Daraufhin wünschte die SPD-Fraktion eine Sitzungsunterbrechung, und sie benötigte sage und schreibe eine volle Stunde, um bekanntzugeben, daß sie sich zu diesem Punkt der Stimme enthalte.

Wahrlich eine schwache Leistung, wohlwissend, daß die CDU gegen diesen Antrag stimmt und dieser dann der Ablehnung verfällt. Der Eindruck über die SPD an diesem Abend wurde auch nicht verbessert durch den Auszug der Stadtverordneten Oeser und Ernst, während der Behandlung dieses Themas.

Um was ging es eigentlich genau bei diesem Tagesordnungspunkt?

In Frankfurt konnte, genehmigt vom CDU-Oberbürgermeister Wallmann die neofaschistische NPD eine Versammlung in städtischen Räumen abhalten. Als ein antifaschistisches Bündnis, bestehend aus Sozialdemokraten, Grünen, Kommunisten und Gewerkschaftern, gegen diese Versammlung demonstrierte, griff die Polizei massiv ein. Hierbei wird der 36jährige Schlosser, tätig in einem Frankfurter Jugendzentrum, von einem Wasserwerfer niedergespritzt und zu Tode gefahren.

Daß nach diesem Vorfall in Frankfurt und in vielen anderen Städten der Bundesrepublik, nach Demonstrationen, Scheiben zu Bruch gingen und Sachbe-

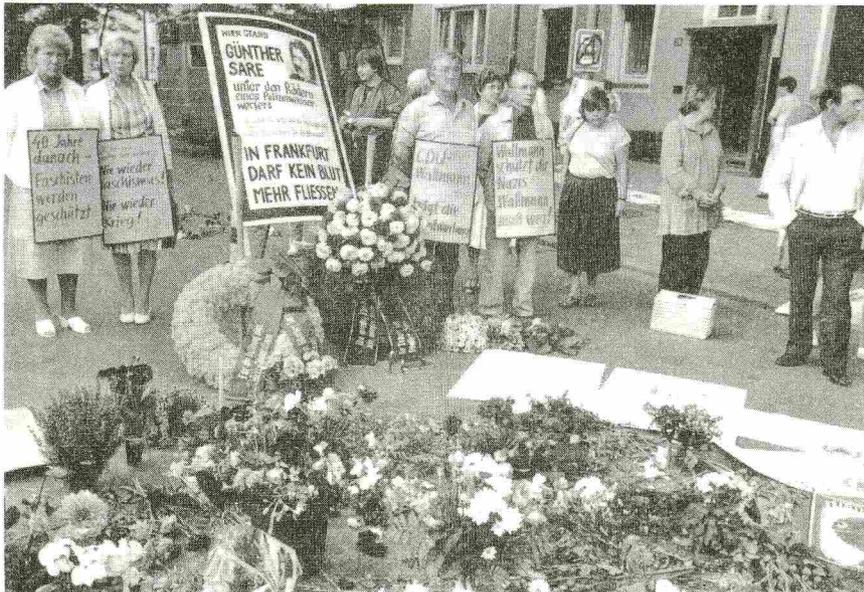
schädigungen vorgenommen wurden, wollte an diesem Abend niemand bestreiten, noch beschönigen. Hier ging es nur darum, eines Menschen zu gedenken, der dem Aufruf von Demokraten und Verfolgten des Naziregimes gefolgt war und gegen Neofaschisten demonstrierte.

Die SPD-Fraktion unserer Stadt, deren Bürger zu einem Großteil bei dem Kampf gegen die Startbahn-West, bei friedlichen Demonstrationen das Verhalten der Polizei kennengelernt haben, hätten guten Grund gehabt, einer Gedenkminute zuzustimmen.

Wie leicht hätten bei den jahrelangen Auseinandersetzungen gegen das Umweltverbrechen Startbahn-West, Menschen zu Tode kommen können. Dies nicht zu wissen oder nicht nachzuvollziehen, kann man einem Politiker in einer entfernt liegenden Stadt, deren Bürger mit diesen Problemen noch nichts zu tun hatten, nicht verübeln.

In unserer Stadt kann das noch nicht vergessen sein. Die SPD wußte genau, daß sie mit ihrer Stimmenthaltung den Antrag zu Fall bringt, da niemand im Saal erwartete, daß die CDU einer solchen Sache zustimmt. Hier hätte man von der SPD wahrlich mehr erwarten dürfen, oder ist dies ein Zeichen von politischer Zurückentwicklung? Wird sich die Sozialdemokratische Partei in unserer Stadt, nachdem die DKP nicht mehr im Parlament ist, durch ständige Querelen mit der Grünen Bürgerliste, zu einer rechten „Kanaldeckel-SPD“ a la Kelsterbach entwickeln?

In diesem Zusammenhang muß man natürlich auch ein Wort der Kritik an die GBL richten. Wer bei den wichtigsten Themen, die die Menschen, auch in unserer Stadt, bewegen, mit einem Schaukelspiel, nämlich heute mit der CDU, morgen mit der SPD, Politik machen will, der hat sich gründlich getäuscht. Wer heute einen schwarzen Stadtverordnetenvorsteher wählt, der trotz einem lebenswürdigen Lächeln, geschickte Politik für die CDU macht, der hat es schwer, morgen mit Sozialdemokraten bei wichtigen politischen Themen, wie gerade diese Gedenkminute, oder anderen, zu einer Einigung zu gelangen. Die Profilierungssucht einiger Vertreter der Grünen Bürgerliste, gepaart mit einem jahrelang gewachsenen Haß auf die SPD, zum Teil aufgestaut aus einer Zeit, wo sie selbst noch in schwarzen und gelben Lagern standen, hilft da nicht weiter. Es muß endlich von Sozialdemokraten und Grünen erkannt werden, daß bei so wichtigen Fragen wie die Erhaltung des Friedens, gegen die Rechtsentwicklung in unserem Land und gegen Neo-



In Frankfurt ist ein junger Mensch unter einem Polizeiwasserwerfer zu Tode gekommen. Der Zorn über diese Tat führte zu Auseinandersetzungen in vielen Städten der Bundesrepublik. In den Medien sprach man nur von Krawallen. Vergessen wurde dabei der eigentliche Skandal, daß 40 Jahre nach Ende des Krieges immer noch Kundgebungen von Nazis stattfinden können, geschützt von der Staatsmacht.

Am gleichen Tag, als der Schlosser Günther Sare in Frankfurt bei einer Protestkundgebung gegen die NPD sein Leben verlor, versammelten sich auch in Bad Winheim 1.000 ehemalige SS-Angehörige unter Polizeischutz zu einem „Kameradschaftstreffen“.

So wie der Frankfurter CDU-Oberbürgermeister das Treffen der NPD schützte, so lehnte auch der bayerische CSU-Innenminister jeden Protest gegen das SS-Treffen ab.

So gesehen, sind die Ereignisse in Frankfurt ein Alarmsignal.

Man darf sich nicht vom Wesentlichen abbringen lassen. Es ist notwendig, daß Widerstand geleistet wird gegen Neofaschismus und Revanchismus, gegen Sozialabbau und Rüstungswahnsinn.

Zu unserem Foto: Über eine Woche gab es eine Mahnwache in der Hufnagelstraße. Tag und Nacht standen ältere und junge Menschen dort, wo Günther Sare unter dem Wasserwerfer verblutete. Viele Organisationen schickten Solidaritätstelegramme, Geldspenden wurden abgegeben, über 3.000 Bürger trugen sich im Kondolenzbuch ein. Täglich wurden Kränze und Blumen niedergelegt.

faschismus, gegen den Sozialabbau, gegen die Arbeitslosigkeit und nicht zuletzt die Verarmung der Städte und Gemeinden durch immer höhere Rüstungslasten, alles Themen, die auch im Stadtparlament behandelt werden müssen, so manches Gezänk unterbleiben muß.

Heinz Hechler

Günther Sare wird nicht vergessen

Günther Sare wurde am 28. September 1985 bei einer Protestaktion gegen die Neonazis durch einen Polizei-Wasserwerfer getötet. Es ist nicht der erste, der bei einer Polizeiaktion ums Leben kam. Der junge Kommunist Philipp Müller wurde schon 1952 von der Polizei in Essen hinterücks erschossen.

In Berlin kamen Benno Ohnesorg und Klaus Jürgen Rattay ums Leben, in Hamburg starb Olaf Ritzmann.

„Wer sich in Gefahr begibt, kommt darin um“, meinte dazu ein älterer Passant an der Frankfurter Hufnagelstraße, dort wo Günther Sare unter dem Wasserwerfer verblutete.

Ist das so? Soll man also wegbleiben? Soll man zu jeder Schweinerei Ja und Amen sagen? Ist es denn nicht richtig, wenn sich junge Menschen gegen Ausländerfeindlichkeit und Neonazis wehren? Sollte nicht jenen unsere Sympathie gehören, die sich den Revanchisten, Umweltzerstörern und Pershing-Politikern entgegenstellen? Muß man denn nicht protestieren gegen Arbeitslosigkeit, Sozialabbau und Rüstungswahnsinn?

Wer die Gefahr erkannt hat, muß sich wehren! Das ist wohl eher die richtige Schlußfolgerung.

Der Kampf um eine lebenswerte Zukunft ist noch lange nicht zu Ende. Dieser Kampf braucht das Engagement aller Demokraten. Die Lehre des 28. September 1985 heißt deshalb:

Gemeinsam kämpfen

- für Frieden und Völkerverständigung,
- für die Auflösung aller neofaschistischen Organisationen.

Den Jungen und den Alten, die sich dafür aktiv einsetzen, gehört unsere Achtung!

Günther Sare, der dabei sein junges Leben ließ, wird nicht vergessen!

Rudi Hechler

Nachtrag

Ein Haushaltsplan belegt das Innenleben der Verwaltung. Planung und Rechenschaft über die Verwendung der Steuermittel, der Gebühren und Abgaben für das laufende Jahr vermittelt der Nachtragsetat. Er ist immer dann notwendig, wenn sich die Ausgaben oder Einnahmen drastisch verändern, die bei der Verabschiedung des ordentlichen Haushalts noch nicht kalkulierbar waren.

Der jetzt vorliegende Nachtragshaushalt hat auch seine erfreulichen Seiten, wenn man an die Einnahmenseite denkt. Die Gewerbesteuer ist reichlicher geflossen als vermutet, der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer hat sich erhöht und Zuschüsse des Landes für Bauwerke (Kanalverbund) wurden beschieden und können noch in diesem Jahr vereinnahmt werden. Dies könnte auf den ersten Blick zufrieden stimmen, doch sollten wir die Entwicklung der Stadt auch an dem Verhältnis zu dem Unerledigten beurteilen. Auch wenn der 85er Haushalt ohne Kredite auskommt und durch die jährlichen Tilgungsraten der Schuldenberg ein wenig abgetragen wurde, dürfen wir nicht aus den Augen verlieren, daß ca. 28 Mill. Mark Schulden die Hände für Neuinvestitionen binden.

Die Stadt braucht also mehr Geld, um ihrer Aufgabe, der Fürsorge für die Bürger, gerecht zu werden. Gemessen an den nicht realisierten Investitionen wie Verkehrsberuhigung, Waldschwimmbad, Sanierung der Abwässersituation, Altenwohn- und Pflegeheim, Jugendzentrum für Walldorf, Kinderkrippe und Kinderhort etc. ist unsere Kommune in diesem Jahr nicht viel weiter gekommen.

Im Nachtrag steht ein Betrag von 55.000 Mark für die Einrichtung einer Ganztagsgruppe im Kindergarten I in Walldorf. Damit wird teilweise ein Antrag der DKP zum ordentlichen Haushalt realisiert.

Unerfreulich ist die Abwasserabgabe in Höhe von 90.000 Mark; praktisch als Strafe für schlechte Wasserqualität. Hier muß in den nächsten Jahren unbedingt mehr investiert werden, damit wenigstens die gesetzlichen Auflagen erfüllt werden.

Auf Kritik stößt die Vereinnahmung einer Konzessionsabgabe von den Stadtwerken. Diesen Unfug sollten die Stadtverordneten nicht beschließen.

Mogelei

Nach dem Eigenbetriebgesetz des Landes Hessen aus dem Jahre 1981 wird festgelegt, daß Kommunen ihre wirtschaftlichen Betriebe als selbständige Wirtschaftsunternehmen eigenverantwortlich zu führen haben. Das bedeutet, daß der oder die städtischen Betriebe (in unserer Stadt die Wasserwerke) aus dem Bereich des städtischen Haushalts genommen werden; und dies bedeutet wiederum, und so schreibt es das Gesetz vor, daß diese Wirtschaftsunternehmen kostendeckend, also ohne Verlust arbeiten. Damit, so ist die Zielsetzung des Gesetzgebers, hat man a) die Haushalte entlastet und b) durch Zwang zur Wirtschaftlichkeit bessere Möglichkeit, dem Bürger in die Tasche zu greifen.

Unsere Stadtwerke, wie sich unsere Wasserwerke bezeichnen, werden also geführt wie jedes andere privatwirtschaftliche, kapitalistische Unternehmen mit Abschreibungen und Verzinsung des Anlagekapitals, mit Verlustvortrag usw. So selbständig ist das Wasserunternehmen aber auch nicht. Die Abrechnung, teilweise Buchführung, die Inanspruchnahme der städtischen EDV-Anlage, die Räumlichkeiten, wo der Betriebsleiter und anderes Wasserwerkspersonal im Rathaus beschäftigt sind, die Zeit, die der Bürgermeister oder andere Stadtbediensteten für die Stadtwerke tätig sind, Grundsteuer und Gewerbesteuer, Ausleihen von Gerätschaften der Bauhöfe etc., alles wird den Stadtwerken in Rechnung gestellt. Das erscheint logisch, Denkbar ist auch, daß Straßenbau in Zukunft teilweise durch die Stadtwerke bezahlt wird, wenn z.B. im Zuge der Renovierung die Wasserleitung erneuert wird. In Rechnung gestellt wird auch die Benutzung der öffentlichen Flächen wie Straßen und Plätze. Weil dies aber nicht so einfach zu errechnen ist, hat man den Ausdruck Konzessionsabgabe erfunden.

Also, die Genehmigung städtische Grundstücke und Straßen in Anspruch zu nehmen, wird den Stadtwerken in Rechnung gestellt. Diese Konzessionsabgabe ist bis 1983 nicht erwirtschaftet worden und wurde als Verlustvortrag fünf Jahre lang weitergeführt. Mit diesem „Verlust“ wurde denn auch die saftige Gebührenerhöhung begründet. Seit 1984 ist das nun anders. Nachdem mit den Stimmen von SPD und GBL in den Zeiten des Bündnisses von „Roter Nelke und Sonnenblume“ drastische Gebührenerhöhungen beschlossen wurden, machen die Stadtwerke Gewinn, der nicht mehr wegmanipuliert werden kann. Erstmals hätte so 1984 eine Konzessionsabgabe an die Stadt gezahlt werden können. Die Stadtverordnetenversammlung hat sich aber gegen das Ansinnen des Magistrats gestellt und den Betrag von 357.000 DM zur Kapitalaufstockung bei den Stadtwerken benutzt. Dieser Betrag konnte entweder zur Abtragung von Schulden (mit über fünf Mill. DM steht das Wasserwerk in der Kreide) oder als Rücklage zur Finanzierung geplanter Investitionen genutzt werden.

Im diesjährigen Nachtragshaushalt der Stadt steht wiederum die Vereinnahmung der Konzessionsabgabe, die einen Betrag von 198.594 DM ausmacht. Wieder ist es Absicht des Magistrats, dieses Geld in den Stadtsäckel fließen zu lassen. Ob die Stadtverordnetenversammlung auch dieses Mal dagegen votiert oder das Geld dort beläßt, wo es eigentlich hingehört, bleibt abzuwarten.

R.D.

**„Das größte
Aufrüstungsprogramm
aller Zeiten...“**

SDI

**Ton-Dia-Vortrag
mit
Axel Seiderer**

**Am Mittwoch,
23. Oktober 1985
20 Uhr, Bürgerhaus
Mörfelden**

Eine Veranstaltung der DKP



Mörfelden gestern

Die Fünfzehn- bis Sechzehnjährigen des Jahrganges 1910/11 stellten sich vor dem Fotograf recht stolz in Positur. Es war Kerb 1926, und man traf sich im Hof der Gaststätte „Zum Weingarten“ in der Weingartenstraße, genannt „Geriewene“. Sie waren damals noch keine „Kerweborsch“, wahrscheinlich hatten die Jahrgänge vor ihnen noch das Privileg. Sicher wurde trotzdem tüchtig gefeiert, auch am „Kerwemontag“.